



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Fridays for Future: Klimapolitische Forderungen von der Straße in den Landtag tragen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die zahlreichen regelmäßig wiederkehrenden Protestaktionen und Demonstrationen von Schülerinnen und Schülern in Bayern für aktiven und nachhaltigen Schutz des Klimas „Fridays for Future“ ernst zu nehmen.

Zuhören reicht nicht: Aus den Forderungen dieser Schülerinnen- und Schülerproteste sollen konkrete und wirkungsvolle Maßnahmen abgeleitet werden. Die Ergebnisse der von ihr angekündigten „Jugend-Klimakonferenzen“ sind aufzuarbeiten und öffentlich und im Parlament zur Diskussion zu stellen. Schließlich sollen die Anliegen der jungen Generation Eingang in ein wirksames Klimaschutzgesetz finden.

Begründung:

Weltweit protestiert ein lautstarker Teil der Jugend dafür, dass die Generation ihrer Eltern und Großeltern endlich ernst macht mit dem Klimaschutz und für eine andere Klimapolitik. Tausende von Schülerinnen und Schülern – auch Studentinnen und Studenten – gehen auch in Bayern Woche für Woche am Freitag auf die Straße. Die junge Generation spürt und weiß, dass es beim Thema Umwelt um unsere existenziellen Grundlagen geht. Mittlerweile haben sich dem Protest auch Eltern bzw. Bürgerinnen und Bürger sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angeschlossen.

Wurde sich bisher politisch mit dem Protest beschäftigt, redete keiner über die Anliegen der Jugendlichen, sondern darüber, ob es erlaubt ist die Schule zu schwänzen. Aus unserer Sicht sind wir als Landtag gefordert, dass die Forderungen der Jugendlichen nicht auf der Strecke bleiben. Die Anliegen der jungen Menschen müssen von der Staatsregierung erst genommen werden und in politische Entscheidungen einfließen. Nur zuhören reicht nicht. Die Initiative der Jugendlichen für den Klimaschutz ist deshalb aufzugreifen und verdient politische Unterstützung. Dieser gesellschaftliche Antrieb ist für die bevorstehenden Umwälzungen enorm wichtig.

Die Klimakrise erfordert sofortiges, konsequentes Handeln. In allen Sektoren müssen die Treibhausgasemissionen drastisch reduziert werden, um die Vereinbarung von Paris einzuhalten. Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse des IPCC hat Bayern noch ein Restbudget von 1.000 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente. Um dieses Budget einzuhalten sind bereits ab 2020 jährliche CO₂-Reduzierungen von 5 Prozent nötig. Es geht um einen tiefgreifenden Wandel, der Abkehr vom fossilen Energiezeitalter und dem Ende der „Ressourcenparty“.